

# ARCHIVJOURNAL

Neuigkeiten aus dem  
Staatsarchiv Hamburg

Ausgabe 1/2022

## INHALT

<b>Referat Fachliche Planung und Steuerung</b> Jasper Gehlmann	2
<b>Symposium koloniale Straßennamen</b> Gisela Ewe, Anke Hönnig	3
<b>Sozialstaat im Wandel der Zeit</b> Elias Miorandi	4
<b>Landherrnschaft der Geestlande</b> Kirsten M. Eckardt	5
<b>Sommerakademie 2021</b> Diana Ascher	6-7
<b>Straßenbenennung</b> Ragna Beyé	8-9
<b>Von der Wandse an die Schwinge</b> Hendrik Eder	10
<b>Digitalisierung von Namenverzeichnissen</b> Jenny Kotte	10
<b>Personal</b>	11
<b>Externe Erschließung</b>	11
<b>Impressum</b>	11

## TITELSEITE

Der Bestand Reichshofrat wurde 2017/2018 neu verzeichnet. Hierbei wurde auf einen ausführlichen Enthältvermerk Wert gelegt. Er vertieft die übrigen Erschließungsinformationen und ermöglicht eine multiperspektivische Nutzung der Reichshofratsüberlieferung.

Das Titelbild zeigt eine Ahnentafel der Familie Overbeck. Sie befindet sich in der Judizialakte zum Verfahren Georg Christian Meding gegen Jobst von Overbeck wegen Schuldforderung und Arrest.

## ST11 und ST1111 stellen sich vor

Im Folgenden stellen Jasper Gehlmann (ST11) und seine Mitarbeiterin (ST1111) ihre vielfältigen Aufgabengebiete aus dem Referat Fachliche Planung und Steuerung vor:

Herr Gehlmann leitet das Referat ST11.

ST1111 ist innerhalb des Staatsarchivs Hamburg die zentrale Ansprechpartnerin für den Bereich der Beschaffungen. Wann immer die Beschäftigten also den „Beschaffungs-Workflow“ starten und die notwendigen Zustimmungen vorliegen, macht sich ST1111 an die Beschaffung der Waren oder Dienstleistungen. Zu dem Einkauf zählen überwiegend Spezialbedarfe, z. B. Verpackungsmaterialien für Archivgut, Werkzeuge für die Restaurierungswerkstatt, aber auch Standard-Büromaterialien sowie Büromöbel für die Mitarbeitenden des Staatsarchivs. Der Vergabeprozess – eine sogenannte Freihändige Vergabe, das Einholen von Angeboten oder die Ausschreibung an die Finanzbehörde weiterleiten, das Erstellen des Vergabevermerks sowie die Auftragserteilung bzw. der Vertragsabschluss – wird von ihr betreut. Die abgeschlossenen Verträge werden von ihr außerdem im Fachverfahren „Vertragskataster“ hochgeladen und verwaltet. Im Anschluss an die Beschaffung bearbeitet ST1111 federführend das Rechnungsmanagement für das Staatsarchiv. Das bedeutet, dass sie die Rechnungsprüfung übernimmt und für die Erstellung von Anordnungen (zum Beispiel Gutschriften, Daueranordnungen) zuständig ist. Herr Gehlmann prüft im Rahmen des Beschaffungsvorgangs außerdem, ob die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das beginnt weit im Voraus mit der Koordination der Haushaltsaufstellung für das gesamte Staatsarchiv (inklusive Meldung an Amt B bzw. die Bürgerschaft) und mündet in der monatlichen Steuerung der Ausgaben und Überwachung des Gesamthaushalts. Nur wenn gewährleistet werden kann, dass die Mittel im jährlichen Haushalt des Archivs

zur Verfügung stehen, kann eine Beschaffung umgesetzt werden.

Neben dem Finanzcontrolling ist Herr Gehlmann außerdem federführend für das strategische und operative Controlling zuständig. Die Entwicklung, Abfrage und Steuerung von Kennzahlen, das Berichten gegenüber der Amts- und Behördenleitung sowie anderer involvierter Stellen (zum Beispiel der Bürgerschaft) stehen dabei im Mittelpunkt. Außerdem ist er für das im Aufbau befindliche Qualitätsmanagement verantwortlich. Ferner koordiniert er die Großen und Kleinen Schriftlichen Anfragen.

Tätigkeiten im Bereich des Personalwesens gehören ebenso zu ihren Aufgaben. So bereitet ST1111 Auswahlverfahren vor und übernimmt das Onboarding für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezüglich administrativer Fragen. Sie legt außerdem Accounts an und schaltet Funktionspostfächer für Beschäftigte frei. Herr Gehlmann betreut die Stellenausschreibungen und überprüft bzw. aktualisiert die Stellenbeschreibungen.

- Jasper Gehlmann

# Symposium zum Umgang mit kolonialen Straßennamen am 16. und 17. September 2021

Nach der Besetzung der Projektstelle zu kolonialen Straßennamen in Hamburg im September 2020 (vgl. Archivjournal 1/2021, S. 9) begannen relativ schnell die Planungen für ein Symposium, bei dem die zentralen Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung gemeinsam darüber diskutieren sollten, wie in der Stadt Hamburg das Ziel einer kritischen Aufarbeitung der kolonial belasteten Straßennamen am besten zu erreichen sei. Der ursprünglich für das Frühjahr 2021 anvisierte Termin konnte pandemiebedingt nicht gehalten werden, auch eine Tagung „vor Ort“ ließ sich nicht realisieren. Umso erfreulicher war es, dass das geplante Symposium dann am 16. und 17. September 2021 online in Form eines Webinars stattfinden konnte. Mit über 20 Referenten und Referentinnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung aus Deutschland, Namibia und Tansania und über 170 Anmeldungen war es eine im Vergleich zu anderen Veranstaltungen des Staatsarchivs ausgesprochen große Tagung. Die Diskussionsfreude des Publikums und die Rückmeldungen im Nachhinein haben noch einmal das große Interesse am Thema und den aktuellen Handlungsbedarf deutlich gemacht.

Nach drei einführenden Vorträgen fand am Donnerstag (16.09.2021) ein erstes Podiumsgespräch zu der Frage „Wie kann die Dekolonisierung der Städte und Institutionen aussehen?“ statt.

Am Freitag (17.09.2021) wurden in drei Panels nacheinander die Verwaltungssicht, einzelne Fallstudien und der Umgang mit kolonialen Straßennamen in drei deutschen Städten beleuchtet. Im Abschlusspodium diskutierte Senator Carsten Brosda

mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen über die Frage, wie die Stadt Hamburg zukünftig mit kolonialen Straßennamen umgehen soll.

Die Tagung wurde aufgenommen und die Videos sind online abrufbar unter [www.hamburg.de/bkm/strassennamen/15345630/symposium-koloniale-strassennamen/](http://www.hamburg.de/bkm/strassennamen/15345630/symposium-koloniale-strassennamen/).

- Gisela Ewe
- Anke Hönnig



*Koloniale Straßennamen in Hamburg*



*Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiumsgesprächs am 16.09.2021*

# Sozialstaat im Wandel der Zeit – Einzelfallakten des 20. Jahrhunderts

Institutionalisierte soziale Hilfen – finanzieller oder praktischer Art – ohne die unser Sozialstaat nicht denkbar wäre, haben bereits eine längere historische Tradition. Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter sind seit eh und je Ursache dafür, dass Menschen ihren Lebensunterhalt nicht (mehr) aus eigener Kraft bestreiten können und auf Unterstützung angewiesen sind. Die jeweiligen Umstände und Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Leistungen unterliegen dabei jedoch ebenso zeitlichen Veränderungen wie das Verhältnis der Behörden zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die Akten des Bestandes 351-14 Arbeits- und Sozialwesen – Einzelfälle bilden diese Entwicklungen auf individueller Ebene ab.

Unfallrentenakten illustrieren tragische Schicksale durch Gefahren am Arbeitsplatz. Findet man heute Akten von Krankenhausangestellten, die beispielsweise mit den Spätfolgen von Tuberkulose- oder Hepatitisinfektionen zu kämpfen hatten, so werden u. U. in einigen Jahren Akten Long-COVID-Erkrankter hinzukommen. Von ganz dezidiert zeittypischen Notlagen zeugen wiederum die Familienunterstützungs- bzw. Familienunterhaltsakten der späten 1930er und 1940er Jahre. Brach durch den

Militärdienst des Hauptverdieners ein wesentlicher Teil des Einkommens weg, konnte schnell eine ganze Familie

schen mit Behinderung im jeweiligen historischen Kontext. Dies gilt in besonderem Maße auch



Fürsorgeakten aus unterschiedlichen Zeiten



Rentenakte, Familienunterhaltsakte, Vormundschaftsakte der Sozialbehörde

auf Unterstützung angewiesen sein. Eine Besonderheit stellt das Pflegeheim Farmsen dar. Die bis zur Privatisierung öffentliche Institution war nicht nur betreuter Wohnort, sondern erfüllte auch die Funktion des Sozialamtes. Von dort übernahm das Staatsarchiv Hamburg daher neben den Bewohnerakten und Krankengeschichten auch die Sozialhilfeakten. In der Einrichtung lebten Menschen, die aus Altersgründen in den letzten Lebensjahren Aufnahme in dem Heim fanden, aber auch einige, die einen Großteil ihres Lebens dort wohnten. Ausführliche Berichte, Egodokumente und Fotos gewähren hier einerseits vergleichsweise differenzierte Einblicke in deren Lebensrealität, andererseits offenbart sich auch immer wieder die Haltung zu und der Umgang mit Men-

für Akten über die von der Sozialbehörde – u. a. durch Käthe Petersen (1903–1981) – geführten Vormundschaften, in denen zum Teil parallel Dokumente über Repressionen und Zwangsmaßnahmen (in der NS-Zeit bis hin zu Zwangssterilisationen) neben geradezu vertrauter Korrespondenz zwischen Vormund und Mündel auftauchen.

So wertvoll diese Einzelfallakten für Forschungsprojekte auch sein können, so wichtig ist aber auch ein angemessener Umgang mit den zum Teil sehr intimen Informationen. Selbst nach Ablauf der Schutzfrist kann die Nutzung beschränkt werden, um schutzwürdige Belange Dritter – z. B. von erwähnten Kindern – zu wahren.

• Elias Miorandi

# Abschluss Retrokonversion des Bestandes 412-3 Landherrenschafft der Geestlande

Im Juli 2021 wurde die Retrokonversion des Bestandes 412-3 Landherrenschafft der Geestlande abgeschlossen. Er umfasst rund 17.000 Verzeichnungseinheiten bei einem Umfang von 87,60 laufenden Metern.



Senatsbeschlüsse zur Neuordnung des Landgebietes und der Vorstädte (1831) [1]

Durch die Reorganisation der Verwaltung des Landgebiets zwischen 1830 und 1835 wurde aus Teilen der Landherrenschafft Hamburger Berg, der Landherrenschafft Hamm und Horn, der Waldherrenschafft sowie verschiedenen Kloster- und Hospitalverwaltungen auf der Geest die große Verwaltungseinheit Landherrenschafft der Geestlande geschaffen.



Beschwerde der Frau Senator de Chapeaurouge über das Grasens der Alsterschwäne auf ihrer Wiese (1861) [3]

Zur Landherrenschafft der Geestlande gehörten ursprünglich Alsterdorf, Barmbek, Borgfelde und Hohenfelde, Groß Borstel, Klein Borstel (mit Struckholt), Eilbek, Eimsbüttel, Eppendorf, Farmsen (mit Berne), Fuhlsbüttel, Hamm, Groß Hansdorf (mit Schmalenbeck), Harvestehude, Horn, Langenhorn, Ohlsdorf, Rotherbaum, Volksdorf, Winterhude und Wohldorf (mit Ohlstedt).

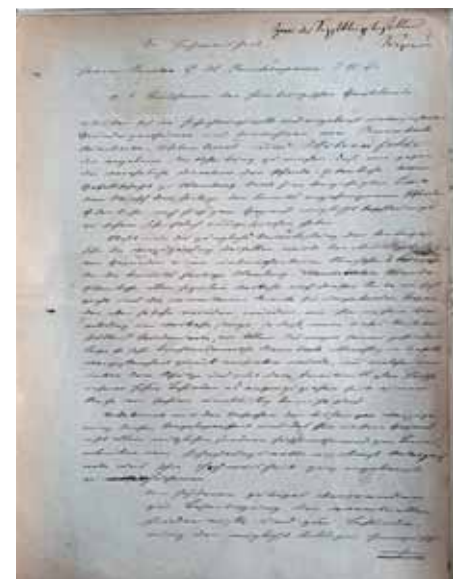
Nach der Landgemeindeordnung 1871 – und der darin verfügten Ausgliederung der stadtnahen Vororte – umfasste die Landherrenschafft der Geestlande nur noch die Gemeinden Alsterdorf, Farmsen (mit Berne), Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Groß Hansdorf (mit Schmalenbeck), Klein Borstel (mit Struckholt), Langenhorn, Ohlsdorf, Volksdorf und Wohldorf (mit Ohlstedt).

1913 wurden Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel, Langenhorn sowie Groß Borstel und Klein Borstel zu Vororten. 1928 wurde eine Landherrenschafft – unter Fortfall aller bisherigen Teil-Landherrenschafften – geschaffen.

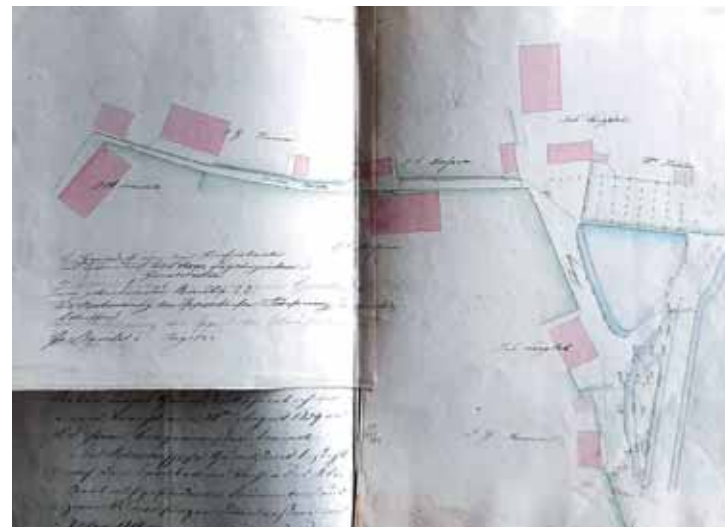
Der Bestand umfasst Unterlagen aus nahezu allen Lebensbereichen: Schul- und Sozialwesen, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, Grundeigentum und Hypotheken, Baupolizeiliche Spezialakten, Verkehrswesen, Heimat- und Bürgerrecht, Medizinalversorgung und öffentliche Wohltätigkeit, Ver-

zeichnisse der Einwohner, Geburten und Taufen, Familienrechtssachen wie Adoptionen, Vormundschaften, Ehescheidungen u.v.m.. Die Akten decken einen Zeitraum von 1815 bis 1923 ab. Dabei lässt sich insbesondere die rasche Urbanisierung stadtnaher Dorfschaften verfolgen. Der Bestand Landherrenschafft der Geestlande ist somit eine besondere Quelle zur Stadtteilgeschichte der althamburgischen Ortsteile.

- Kirsten M. Eckardt



Bau der Pferdeisenbahnlilien nach Uhlenhorst, Barmbek und Eimsbüttel (1866-1867) [2]



Wegebesserung und Verschönerung in Eppendorf (1831) [4]

## Sommerakademie im Staatsarchiv Hamburg

Am 20. August 2021 fand eine Sektion der 12. Sommerakademie zur Geschichte der Juden im Heiligen Römischen Reich und dessen Nachfolgestaaten im Staatsarchiv Hamburg statt. Die Vorträge und Unterrichtseinheiten wurden vom 18. bis 31. August 2021 in Hamburg, Wolfenbüttel und Mühlhausen von Dr. Stephan Wendehorst (Justus-Liebig-Universität Gießen/Universität Wien) konzipiert und mit organisiert. Nach dem Tag der Archive im März 2020 war dies die erste Veranstaltung im Staatsarchiv, die nach der Corona-Pandemie unter den geltenden Hygieneregeln in Präsenz stattfinden konnte. Als zentraler Veranstaltungspunkt wurde die Erschließung der jüdischen Betreffe des kaiserlichen Reichshofrats – Pilotprojekt Hamburg vorgestellt und Fragen zur Erschließungstiefe aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet.



*Christine Axer begrüßte die Teilnehmenden im Lorichssaal*



*Die 12 Meter lange Hamburger Elbkarte von Melchior Lorichs von 1568 entstand im Zuge eines Prozesses vor dem Reichskammergericht und ist eine der wertvollsten Archivalien des Staatsarchivs Hamburg*

Der Reichshofrat, an dessen Spitze der Kaiser stand, bildete mit dem Reichskammergericht die Höchstgerichtsbarkeit im Alten Reich. Standeserhöhungen und Privilegienbestätigungen fielen in seine alleinige Kompetenz. Mit Ausnahme der Titel der Hansestädte liegt der Bestand „Reichshofrat“ im Umfang von 80.000 Akten im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. Bei dem Erschließungsprojekt der Göttinger Akademie der Wissenschaften wurden

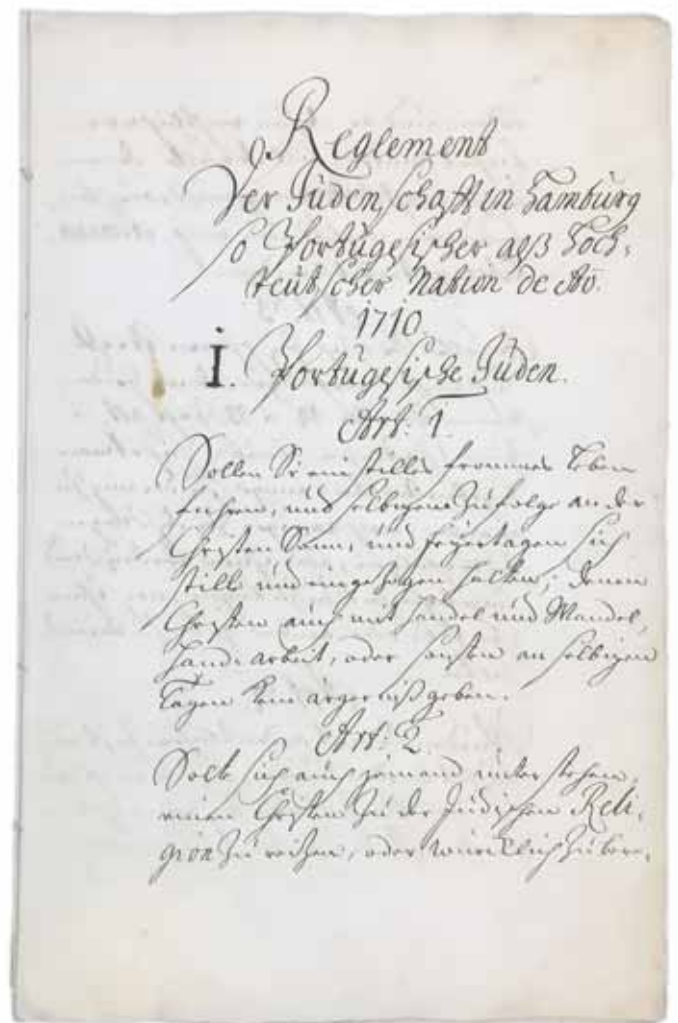
jedoch nur 2% der Akten erschlossen und das Erschließungsvorhaben mittlerweile eingestellt. In der Diskussion wurden Möglichkeiten besprochen, die Erschließung trotz der fehlenden Finanzierung aufgrund der Bedeutung der Akten für die Erforschung der jüdischen Geschichte im Alten Reich wieder aufzunehmen. Bislang konnten 4.000 – 5.000 Verfahren ermittelt werden, die einen Bezug zu Juden und jüdischem Recht aufweisen.

Im Staatsarchiv Hamburg umfasst der Bestand 211-1 Reichshofrat 444 Akten mit einer Laufzeit von 1482 bis 1846. Dieser liegt seit 2018 nach den „Frankfurter Grundsätzen“ komplett erschlossen vor, so dass die Judizial-, Gratial- und Lehnsakten für Forschungsfragen genutzt werden können.

- Diana Ascher



In den Vitrinen wurden ausgewählte Stücke aus dem Bestand 211-1 Reichshofrat ausgestellt



Ausfertigung des Reglements der Judenschaft in Hamburg von 1710

# Benennung von Straßen und Plätzen

Wie kommen die Straßen in Hamburg zu ihren Namen? Wo kann ich meine Idee für einen Straßennamen einbringen? Diese Fragen erreichen das Staatsarchiv Hamburg immer wieder, sei es direkt von den Bürgerinnen und Bürgern oder aus den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft. Straßennamen prägen und gestalten eine Stadt, bilden Stadtgeschichte ab und geben dem benannten Gebiet eine Identität. Die Benennung von Straßen, Plätzen und anderen Verkehrsflächen ist deshalb eine Aufgabe von übergeordneter, erinnerungskultureller Bedeutung. Im Hamburgischen Wegegesetz ist festgelegt, dass der Senat alle Verkehrsflächen in unserer Stadt benennt. Benannt werden kann

beispielsweise nach Orten, Pflanzen und Tieren oder nach Ereignissen und Persönlichkeiten der Stadtgeschichte. Benennungen nach lebenden Personen sind nicht möglich. Derzeit sind etwa 8.880 Straßen, Plätze, Brücken oder Parks in Hamburg amtlich benannt.

## Schritte für eine Benennung oder Umbenennung

Vorschläge für neue Straßennamen und Straßenumbenennungen werden zunächst in den sieben Bezirken entwickelt. Die Namensvorschläge können von den Bürgerinnen und Bürgern kommen, werden vom Bezirksamt geprüft und in die Bezirksversammlung eingebracht.

Nachdem dort eine politische Mehrheit für den Vorschlag festgestellt wurde, legt das Bezirksamt dem Staatsarchiv als dem innerhalb der Behörde für Kultur und Medien zuständigen Amt einen schriftlichen Benennungsantrag mit einer Erläuterung des Vorschlags und Lageplänen vor. Das Bezirksamt ist auch zuständig für Straßenschilder, erklärende Zusatzschilder und Hausnummern.

Das Staatsarchiv bereitet die Senatsbeschlüsse zu drei Stichtagen im Jahr formal für die Benennungen vor. Es prüft die eingegangenen Benennungsanträge der Bezirke nach den Benennungsbestimmungen, zum Beispiel die richtige Schreibweise und mögliche Verwechslungsgefahren. Anschließend erstellt das Staatsarchiv eine Senatsvorlage mit einem formellen Beschlusstext der Vorschläge aus den sieben Bezirken.

Die Benennung von Straßen übernimmt die „Senatskommission für die Benennung von Verkehrsflächen“, die mit mehreren Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsrätinnen und Staatsräten einen Teil des Senats darstellt. Nur in Fällen von besonderer Bedeutung beschließt der Senat mit allen Mitgliedern. Den Vorsitz in der Senatskommission hat der Senator für Kultur und Medien.

Nach dem Senatsbeschluss sorgt das Staatsarchiv für die Veröffentlichung der beschlossenen Straßennamen im Amtlichen Anzeiger. Die in letzter Zeit neu benannten Straßen sowie die Benennungsbestimmungen sind auch auf der Website des Staatsarchivs zu finden.

Eine Straße kann nach der Benennung noch einer weiteren Person mit gleichem Familiennamen für ihre eigenen Verdienste gewidmet werden. Häufig wird diese Erweiterung des Erläuterungstexts derzeit genutzt, um herausragende Frauen im Straßenbild präsenter werden zu lassen, da in der Vergangenheit Straßen zumeist nach Männern benannt wurden. Der Straßename darf dabei nicht verändert werden. Um diese Mitbenennung



Blick auf die Dammtorstraße und den Stephansplatz



sichtbar zu machen, kann der Bezirk nach dem Senatsbeschluss dazu ein erklärendes Schild am Straßenschild anbringen.

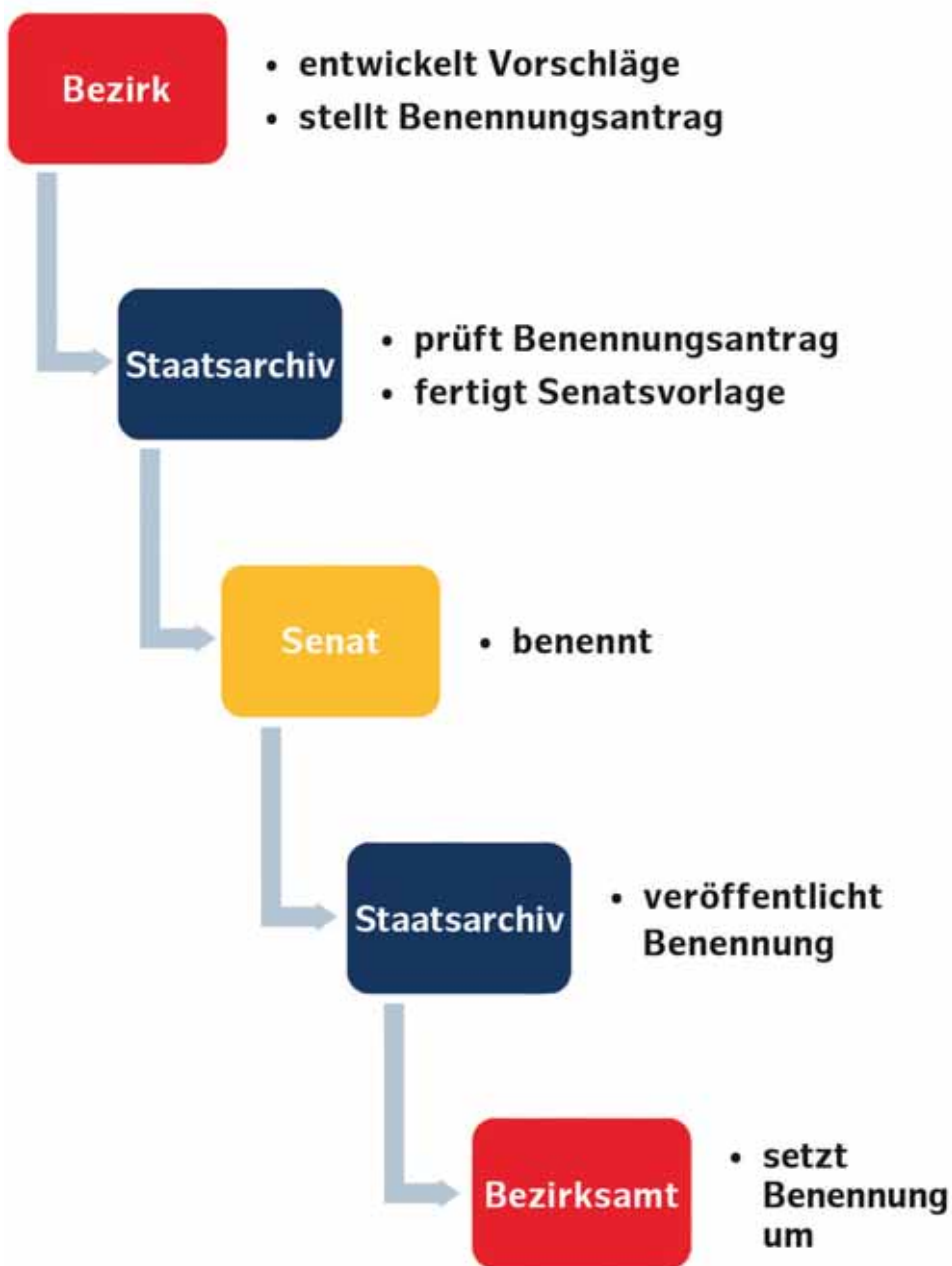
### Umgang mit belasteten Straßennamen

In vielen Städten und Gemeinden in Deutschland wird über den Umgang mit Straßen diskutiert, die nach belasteten Personen benannt wurden. Bisher gilt: Ist eine Verkehrsfläche benannt, soll sie nicht mehr umbenannt werden.

Ausnahmen können aber dann gelten, wenn der Straßename heutige Wertvorstellungen in eklatanter Weise verletzt. Vorschläge für eine Umbenennung werden in den Bezirken entwickelt und zunächst den Bezirksversammlungen vorgelegt. Nachdem dort die politische Mehrheit für einen Vorschlag festgestellt wurde, beantragt das Bezirksamt die Umbenennung. Ein erklärendes Zusatzschild kann der Bezirk in eigenem Ermessen beschließen und anbringen. Bei Fragen zum Benennungsverfahren

oder zu bestehenden Straßennamen berät das Staatsarchiv Sie gerne. Wir haben zudem ein Faltblatt mit einer kompakten Übersicht entwickelt, das Sie – zusammen mit den Gesetzesgrundlagen sowie Informationen zur aktuellen Diskussion rund um belastete Straßennamen – auch online auf der Website des Staatsarchivs unter der Rubrik „Verkehrsflächen“ finden.

• Ragna Beyé



## Von der Wandse an die Schwinge

Das Staatsarchiv Hamburg befindet sich seit 1998 im Stadtteil Wandsbek und kommt jetzt an seine Kapazitätsgrenzen.

Daher gibt es bereits seit 2018 Verhandlungen mit den zuständigen behördlichen Gremien für die Realisierung des bereits in der damaligen Bürgerschaftsdrucksache 15/3811 zum Neubau des Staatsarchivs in Wandsbek erwähnten Erweiterungsbaus, der sich nördlich am jetzigen Magazingebäude anschließen würde.

Für die Aufbewahrung des analogen Archivguts stehen am Standort Wandsbek aktuell 42 Regalkilometer zur Verfügung und auf Grund einer Kooperation mit dem Land Niedersachsen seit 2014 am Standort Stade des Niedersächsischen Landesarchivs nochmals 20 Regalkilometer. Letztere sind allerdings zur Aufnahme

der hamburgischen Grundbücher und Grundakten vorgesehen und lediglich bis zu deren Ablieferung volatil.

Aktuell sind die Magazine bereits mit ca. 40 Regalkilometern Archivgut (Wandsbek 38, Stade 2) belegt. Prognosen gehen davon aus, dass spätestens ab 2025 am Standort Wandsbek keine ausreichenden, zusammenhängenden Freiflächen zur Aufnahme von analogem Archivgut mehr zur Verfügung stehen werden. Um kurz- bis mittelfristig Freiflächen sowohl für die zusammenhängende Unterbringung größerer Ablieferungen als auch für flexible Zwischenlagerungen bei größeren Konservierungsvorhaben am Standort Wandsbek zu behalten, hat sich das Staatsarchiv nun entschieden, bereits erschlossene und verfilmte bzw. retrodigitalisierte Bestände, die zudem archivgerecht verpackt sind, bis zum Bezug des

zu errichtenden zweiten Magazingebäudes an den Standort Stade umzulagern.

Dabei handelt es sich um die Bestände 211-1 Reichshofrat, 213-12 Staatsanwaltschaft Landgericht – Nationalsozialistische Gewaltverbrechen (NSG), 314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle) ohne dessen Ablieferungen und 373-7 I Auswanderungsamt I. Insgesamt werden so ca. 433 laufende Regalmeter am Standort Wandsbek frei.

Das in Stade eingelagerte Archivgut kann dort bei Bedarf ebenso eingesehen werden wie es auch am Standort Wandsbek üblich ist.

- Hendrik Eder

## Namenverzeichnisse digitalisiert

Das Staatsarchiv Hamburg lässt fortwährend häufig genutzte Namenverzeichnisse digitalisieren, um die Recherche zu erleichtern und die Originale zu schonen. So wurden im letzten Jahr 108 Namenverzeichnisse aus den Beständen 332-2 Generalregister, 332-5 Standesämter, 332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht und

332-8 Meldewesen digitalisiert. Darunter befanden sich das alphabetische Gesamtregister der Geburten 1816 bis 1866 sowie die alphabetischen Register zu den Allgemeinen Fremdenmeldeprotokollen für Frauen und Männer 1868 bis 1889.

Von den Registern wurden TIFF-, JPEG- und PDF/A-Dateien erstellt.

Um die Navigation zu vereinfachen, wurden in den PDF/A-Dateien Lesezeichen angelegt.

Vorerst sind die PDF/A-Dateien nur über die Website des Staatsarchivs und an den PCs im Lesesaal einsehbar. Es ist vorgesehen, sie auch über das Online-Findmittel zur Verfügung zu stellen.

In diesem Jahr werden 26 weitere Namenverzeichnisse zu Geburten und Heiraten aus dem Bestand 332-5 Standesämter digitalisiert. Darunter befindet sich das Generalregister zu den Geburten 1901 bis 1910. Die Digitalisate werden voraussichtlich ab April 2022 zur Verfügung stehen.

- Jenny Kotte



Die abgebildeten Namenverzeichnisse wurden bereits digitalisiert. Die Originale werden anschließend für die Nutzung gesperrt.

# Personal

## Elias Miorandi

Seit dem 1. Mai 2021 absolviert Herr Elias Miorandi das Archivreferendariat im Staatsarchiv Hamburg. Er hat an der Universität Mannheim und der Philipps-Universität Marburg Geschichte mit dem Nebenfach Rechtswissenschaften studiert und in seinem Dissertationsprojekt zur Umsetzung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Hessen geforscht.

## Belinda Oppermann

Zum 10. Mai 2021 hat Frau Belinda Oppermann die Aufgaben im Vorzimmer der Amtsleitung und der stellvertretenden Amtsleitung übernommen. Frau Oppermann ist Kauffrau für Büromanagement. Sie war bisher in der Privatwirtschaft tätig.

## Berna Yilmaz

Zum 15. Mai 2021 ist Frau Berna Yilmaz von der Fachlichen Leitstelle Transparenzportal im Staatsarchiv zur Fachlichen Leitstelle Erhaltung digitalen Archivguts, Archivische Fachinformationssysteme gewechselt.

## Christina Ahrens

Frau Christina Ahrens ging zum 31. Juli 2021 in den Ruhestand. In den letzten Jahren war sie im Referat ST21 Bürgerschaft, Senat, Inneres, Justizverwaltung, Fachgerichtsbarkeiten, Wirtschaft, Verkehr tätig. Das Staatsarchiv wünscht Frau Ahrens für den Ruhestand alles Gute!

## Eva Kraemer

Seit 15. August 2021 verstärkt Frau Eva Kraemer das Referat ST13 Erhaltung analogen Archivguts, Notfallvorsorge und Katastrophenschutz für Kulturgut. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Notfallvorsorge und dem Katastrophenschutz für Kulturgut.

## Christian Kahf

Seit 13. September 2021 ist Herr Christian Kahf mit den Grundsatzangelegenheiten des Archivrechts befasst und nimmt die Aufgaben des Kulturgutschutzes wahr. Er hat an der Bucerius Law School das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Grad eines Bachelor of Laws abgeschlossen.

# Externe Erschließung

Die Erschließung von Archivgut ist eine Regelaufgabe des Staatsarchivs Hamburg. Um den Rückstand in diesem Bereich schneller abzubauen, werden Erschließungsvorhaben zusätzlich an externe Dienstleister vergeben. Derzeit werden etwa rund 7.300 Fallakten des Bestandes 232-1 Vormundschaftsbe-

hörde aus den Jahren 1884 bis 1899 verzeichnet. Parallel dazu werden rund 3.000 Aktenbände des Bestandes 213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht – Strafsachen extern verzeichnet. Die Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg umfassen die späten 1960er und die 1970er Jahre.

Am Ende des Vorhabens erhält das Staatsarchiv eine Excelliste mit den Erschließungsinformationen. Diese werden nach einer Kontrolle in das Archivinformationssystem des Staatsarchivs importiert und sind anschließend über das Online-Findmittel recherchierbar.

# Impressum

## Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg  
Behörde für Kultur und Medien  
Staatsarchiv  
Kattunbleiche 19  
22041 Hamburg  
newsletter@staatsarchiv.hamburg.de  
www.hamburg.de/bkm/  
oeffentlichkeitsarbeit/3255730/  
archivjournal-top/

## Redaktion

Ragna Beyé, Yvonne Gerlach, Jenny Kotte,  
Udo Schäfer, Nina Schwenke

## Satz und Gestaltung

Nina Schwenke

## Bildnachweis

Titel	STAHH, 211-1 Reichshofrat, Nr. 85
3	Foto und Montage: Anke Hönnig
4	Foto: Elias Miorandi
5	STAHH, 412-3 Landherrenschaft der Geestlande, Nrn. 205 [Bild 1], 4322 [Bild 3], 17351 [Bild 4], 26335 [Bild 2]
6	Foto: Diana Ascher
7	Foto: Diana Ascher; STAHH, 211-1 Reichshofrat, Nr. 395
8	STAHH, 720-1/343-1/C0006739
9	Schaubild: Staatsarchiv Hamburg
10	Foto: Jenny Kotte

Das Heft erscheint halbjährlich im Selbstverlag. ISSN (Print) 2700-4406

Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg  
Kattunbleiche 19  
22041 Hamburg  
Tel.: 040 428 31-3200  
[www.hamburg.de/staatsarchiv](http://www.hamburg.de/staatsarchiv)  
ISSN (Print) 2700-4406



Hamburg

Behörde für  
Kultur und Medien  
Staatsarchiv